

Bewegung für Sozialismus  
FÖJ

# offensiv links

7|Okt. '74

**6** ARBEITSKÄMPFE

**7** GROHE:  
FORTSETZUNG UND ENDE

**12** TOTGEBURT  
MITBESTIMMUNG

**15** INTERNATIONALE  
NACHRICHTEN

# Tausche Marktordnung gegen Preisgesetze

**Bauern in Österreich –  
politischer Faktor  
oder Handelsobjekt**

Es ist immer dasselbe: Pünktlich im Frühherbst jedes zweiten Jahres setzt ein Spielchen ein. Das Marktordnungsgesetz (MOG) läuft aus und soll um weitere zwei Jahre verlängert werden. Für die Landwirtschaft ist es ein Grundgesetz. Die SP läßt sich deswegen ihre Zustimmung immer gegen eine für sie wichtige Materie abkaufen. Heuer wurde die Szenerie dazu noch von Bauernunruhen in ganz Westeuropa gebildet. Frage: Was wollen die Bauern ? Gegenfrage: Wer sind die Bauern und gibt es sie eigentlich ? Für jene Nostalgiker, für die das Bauernhaus die neueste Droge ist, kann das keine Frage sein. Zurück zur Natur, zum gesunden Landleben ! Oder ?

**Innere Struktur  
der Bauernschaft**

Die große Wandlung innerhalb der Landwirtschaft, der steile Anstieg der Produktivität und die geänderte Stellung des Landes im wirtschaftlichen oder vielmehr im gesamten gesellschaftlichen System waren eine der bedeutendsten Leistungen des Kapitalismus. Sie ist also keine Neuerschöpfung. Neu daran ist aber, daß heute dieser Strukturwandel nicht schnell genug vor sich gehen kann; vor wenigen Jahrzehnten hat man sich noch



**AK Wahlen:**

## Kein Sieg der Linken

Für uns, die sich für eine eigene Kandidatur der Gewerkschaftlichen Einheit entschieden haben und aktiv am Wahlkampf beteiligt waren, gilt es die Richtigkeit dieses Entschlusses zu überprüfen.

Zunächst einmal das Wahlergebnis:

Ergebnis für Wien (ohne Wahlkarten)

	SPÖ	ÖAAB	FP	GE	KPÖ	DFA
Arbeiter	108.333	15.366	3.340	1.660	3.221	362
Angestellte	80.811	53.208	8.251	1.448	2.645	370
Verkehr	30.930	5.701	1.230	-	1.918	137
Mandate	13'	39	6	1	3	-

Gesamtergebnis für Österreich (ohne Wahlkarten)

	SPÖ	ÖAAB	FPÖ	GE	KPÖ	DFA	Partei - freie
Stimmen	750.938	350.811	56.439	3.145	28.497	798	1.584
Mandate	529	241	29	1	10	-	-

Artikel auf Seite 5

# offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen oft zu wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, auch von den Problemen und Meinungen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal etwas hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

"offensiv links" will hier eine Lücke füllen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

"offensiv links" wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die Erfahrungen, die der einzelne in der Arbeitszeit und in der Freizeit macht, werden regelmäßig ausgetauscht.

Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung vertiefen.

## KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1(Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN

VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandi, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

# offensiv links

davor gefürchtet ("Landflucht"). Die Produktivität und die Produktion in der Landwirtschaft ist schneller gewachsen als der Konsum landwirtschaftlicher Produkte. Auch die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung konnte dies nicht wettmachen, obwohl sie sich schneller als in jedem anderen Wirtschaftszweig vollzog. Statistiken bürgerlicher Wirtschaftler sind zwar mit Vorsicht zu genießen, jedoch geben die folgenden Zahlen immerhin eine Tendenz wieder. 1972 trug die Landwirtschaft 5,4% zum Volkseinkommen bei; aber sie beschäftigte 16,2% der Arbeitskräfte und davon lebten 11% der Bevölkerung. Die Vergleichszahlen von 1961, nur 11 Jahre vorher, lauten: 11% Anteil am Volkseinkommen, 22% der Berufstätigen und 16% der Bevölkerung.

Diese Zahlen sind globale Angaben und sagen nichts über die innere Strukturierung aus. Dazu eine kleine Tabelle (1972):

Betriebsgrößenklasse	Zahl der Betriebe	Nutzfläche
bis 10 ha	60,7%	10,7%
10 bis 50 ha	35%	35%
über 50 ha	4%	54%

davon ca. 60% Betriebe über 1.000 ha. Diese wenigen Zahlen sollen zweierlei zeigen: Wenn man das Kriterium des "Mansholt"-Planes anwendet, so sind vier Fünftel der österreichischen Landwirtschaftsbetriebe gar nicht lebensfähig, jedenfalls nicht als Landwirtschaftsbetriebe (Mansholt: mindestens 30 ha Nutzfläche). Die Versorgung des Marktes erfolgt durch wenige Tausende von Großbetrieben. Nun werden aber die Milliardensubventionen an die Landwirtschaft (1974: per saldo fünfeinhalb Milliarden) nicht etwa nach irgendwelchen Bedürftigkeitskriterien vergeben, sondern nach dem Umfang der Marktbelieferung. Die Großagrarien streichen damit den Löwenanteil ein, schicken aber dafür die Kleinbauern ins Feuer. Und diese klammern sich an jeden Groschen, um zu überleben. Es war eine Tragikomödie, was sich um den lächer-

lichen Betrag von 2.000,- Schilling jährlich abspielte, der als Bergbauernförderungsbeitrag nach einem Punktesystem vor 3 Jahren zum ersten Mal vergeben wurde.

## Die Kleinbauern

Sie machen das eigentliche Agrarproblem, die Bauernfrage, aus. Wirtschaftlich sind sie zum Untergang verurteilt. Doch klammern sie sich zäh an ihre Höfe, die ihnen ohnehin kein genügendes Einkommen liefern können. Der Eigenverbrauch ist hoch, erreicht oft die Hälfte. Das bedeutet, daß diese Bauern teilweise noch gar nicht die Stufe der Warenwirtschaft erreicht haben. Von den 209.155 Betrieben mit Nutzfläche unter 10 ha sind folglich auch 58% Nebenerwerbsbetriebe, d.h. ihre Besitzer gehen hauptsächlich einem anderen Broterwerb nach, betrachten sich meist aber nach wie vor als Bauern. Das weist auf etwas anderes hin, was das Bauernproblem wichtiger macht als es nach dem Bevölkerungsanteil sein würde: Gerade diese Schicht hat eine eigenartige Ausstrahlung auf einen großen Teil der Bevölkerung, der im Landesbesitz offenbar das höchste der Gefühle erblickt. Die Schrebergärtenmentalität dürfte hier ihre wichtigste Ursache haben. Und nur das macht diese Schicht z.B. für die SPÖ interessant. Sie selbst sind für die Sozialdemokratie unzugänglich, aber ihr Ausstrahlungsbereich ist eine ihrer Domänen. Anders ist es auch kaum zu erklären, daß die SPÖ die verfehlte Politik der ÖVP fortsetzen würde, denn wahltaktisch ist für sie bei den Bauern nichts zu holen. Der "Einbruch ins Dorf" war kein Einbruch in die Bauernschaft. Gerade diese Schicht ist einer der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, offen für faschistische Einflüsse. Selbst einfachen Formen der Kooperation stehen sie mit ihrer Eigentumsideologie feindlich gegenüber. Das Ergebnis ist dann eine volkswirtschaftliche Verschwendung im großen Maßstab. Paradox, aber völlig korrekt formuliert: Die österreichische Landwirtschaft ist überkapitalisiert, aber untermechanisiert. Kein Wunder: Teure Maschinen werden nur wenige Tage im Jahr genutzt. Die Maschinenkos-

ten pro ha betrug 1971 bei den Kleinbauern 25.000,- Schilling gegenüber 7.000,- Schilling bei den Großbetrieben. Und trotzdem war die Agrarpolitik seit Kriegsende darauf ausgerichtet, diese Schicht zu erhalten. Und die SPÖ institutionalisiert einen Staatssekretär für Bauernfragen und verpulvert weiterhin Millionen, statt etwa eine Umschulung - die durchaus auch im kapitalistischen Interesse läge - zu fördern. Was die bäuerliche Sozialpolitik betrifft, so ist sie ein Hohn auf alles "Soziale". Es gibt 120.000 landwirtschaftliche Zuschußrentner, die ein paar hundert Schillinge erhalten. Und selbst die Höchstbeiträge der Bauernpension erreichen keine 3.000,- Schilling. Was bedeutet, daß die Alten hier heute wie eh und jeh "im Austrag" d.h. vom Erben und folgenden Besitzer leben müssen, und die in der Regel genausoviel arbeiten wie vor ihrer Pensionierung.

## Die Großbauern

Sie sind die eigentlichen Gewinner der bisherigen Agrarpolitik. Mit dem Marktordnungsgesetz haben sie ein Instrument, das ihnen auf Kosten der übrigen Bevölkerung Preise und Abnahme ihrer Produkte sichert. Sie haben sowohl finanziell als auch ausbildungsmäßig die Möglichkeit, einigermaßen rationell zu arbeiten. Und schließlich verfügen sie in der Kleinbauernschaft über eine militante Masse, die sie gut einsetzen können. Klugerweise haben sie nämlich eine gemeinsame Organisation, den VP-Bauernbund, denn der SP-Arbeiterbauernbund ist bedeutungslos: Es erinnert einen fast ein bißchen an den Reichsnährstand. Und selbst wo sich Ansätze zu einer eigenen Organisation kleinerer Bauern findet, wie im Allgemeinen Bauernverband, kommt bestenfalls eine unbewußte Abneigung gegen den Bauernbund heraus, was aber teilweise beinahe offen faschistische Tendenzen fördert. Schließlich macht die "Idiotie des Landlebens" (Marx) auch vor den Großbauern nicht halt. Die Landbevölkerung ist die letzte Zuflucht, wo die Kirche heute noch einen nennenswerten Einfluß ausübt (die Demonstranten für die "Aktion Leben" hat man bekanntlich aus dem Waldviertel nach Wien transportiert). Die körperliche Gesundheit ist geringer als in der

Stadt. Und die psychische erst recht, was Herr Strotzka in sozialdemokratisch vorsichtiger Weise auf eine "verfehlte Seelsorge" neben anderen zurückführt. Anders: die Kindererziehung ist nicht einmal mehr ein Skandal. sie ist kriminell und nicht nur die Kindererziehung.

Es soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden, wie sehr im verstärkten Ausmaß alle Handikaps von Unterschichten, zusätzlich zur hier indirekten Ausbeutung, auch auf die Kleinbauern zutreffen. Die Frage ist nur: Welchen Platz können sie innerhalb einer sozialistischen Strategie einnehmen? Die Antwort ist sehr einfach: Keinen, zumindest auf kurze oder mittlere Frist. Man könnte jetzt einwenden: Aber haben nicht die französischen Bauern eine sogar diffus links gerichtete Interessensvertretung? Und die italienischen sind doch auch eher antikapitalistisch! Auf die Zwiespältigkeit dieser Bewegungen ist oft genug hingewiesen worden, einmal abgesehen davon, daß die Verhältnisse sowohl in Frankreich wie in Süditalien kaum Ähnlichkeiten mit den österreichischen haben. "In dieser Schicht überwiegen die Weltanschauungen und Stimmungen der Eigentümer; sie ist an der Spekulation, am Handel und am Eigentum unmittelbar interessiert und steht zu den Lohnarbeitern in direktem Antagonismus." (Lenin) Wem der letzte Satz übertrieben vorkommt, hat offensichtlich noch nie die Feindseligkeit zwischen Bauern und Arbeitern zu sehen bekommen.

## Marktordnung und Preisgesetz

Das Marktordnungsgesetz wurde in der Nachkriegszeit geschaffen. Es sollte eine Sicherung der Marktversorgung, einheitliche Erzeuger- und Verbraucherpreise und Schutz der inländischen Erzeugnisse bei Milch, Getreide, Fleisch und einigen anderen Grundnahrungsmitteln bringen. Im wesentlichen besteht sie aus drei Fonds, welche die finanziellen Zuschüsse verwalten, und gleichmäßig mit Vertretern der Landwirtschaft, der Bundeswirtschafts- und der Arbeiterkammer besetzt ist. Beschlüsse werden mit Vier-Fünftel-Mehrheit gefaßt, so daß also keine der drei

Körperschaften überstimmt werden kann. Von Bedeutung ist, daß die Marktordnungsgesetze im Parlament, laut § 1 Bundeskompetenz, nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden können, entgegen dem Artikel 12 der Bundesverfassung, der Landeskompetenz vorsieht.

Worum geht es im Hick-Hack um Marktordnungsgesetze und um die Preisgesetze eigentlich?

Wie man sich erinnert, hat die VP einer Neuregelung des Preisgesetzes das – wiederum wegen der Kompetenzbestimmung – einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf, ihre Zustimmung verweigert. Der Streitpunkt war der sogenannte "3aer", der § 3a, in ihm wird bestimmt, mit wieviel wenn und aber, daß der Innenminister (nicht der Handelsminister, wie es immer heißt) Preise festsetzen kann, aber nur mit Zustimmung aller "Sozialpartner", d.h. auch der Bundeswirtschaftskammer. Von 14 bisher gestellten Anträgen hat noch keiner diese Zustimmung erhalten – wenn man von einer Alibiaktion bezüglich dem Zuckerpreis vor einigen Wochen absieht. Das neue Preisgesetz sah vor, daß der Antrag einer einzigen Körperschaft (z. B. des ÖGB oder der AK) für eine solche Regelung bereits genügen sollte. Das war der VP und ihren Schmalspurkapitalisten aber zu gefährlich. Das Preisgesetz wurde nicht erneuert und würde demnach mit 31. Dezember auslaufen. Stari-bacher gab sich daraufhin sehr verschluckt: ein Preisminister ohne Preisgesetze könne nicht arbeiten. Die Überraschung folgte wenige Wochen später. Die Marktordnungsgesetze, nicht wegzudenkender Bestandteil der österreichischen Agrarpolitik, seien ohne Preisgesetz unvollziehbar und folglich überflüssig, schrieb der volkswirtschaftlichen Referent des ÖGB, Lachs, und Benya stellte sich voll hinter ihn.

Fragt sich bloß, was das ganze soll. Die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt nämlich, daß Preisgesetze zur Inflationsbekämpfung nicht gerade sehr erfolgreich sind. Das liegt hauptsächlich daran, daß sie gegen starken Widerstand nicht angewendet werden. Und das kann nicht verwundern: ist doch die Inflation das Ergebnis der Monopolisierung, d.h. in diesem

Zusammenhang der gesteigerten Macht der Unternehmer. Und warum sollte die Wirkung gerade in Österreich stärker sein? Noch dazu, wenn der Minister die Gesetze von vorne herein zur "Rute im Fenster" erklärt. Was nichts anderes heißt, als daß sie da sein sollen, aber nicht angewendet werden. Dafür nimmt doch keine Regierung die vermutlich ziemlich chaotischen Zustände in Kauf, die durch ein Auslaufen der Marktordnungsgesetze entstünden, und schon gar nicht eine sozialdemokratische. Ein ersatzloses Auslaufen der Marktordnungsgesetze ist wirklich "kaum denkbar" (Landwirtschaftsminister Weihs).

Andrerseits ist es verwunderlich, daß sich neben der Landwirtschaft die Unternehmer so für die Marktordnungsgesetze einsetzen, die Unternehmer, die in der Theorie nichts so sehr beschwören wie den "freien" Wettbewerb. Darunter die Greisler, die sich ansonsten dauernd mit den Genossenschaften in den Haaren liegen. Dafür gibt es eine recht einfache Erklärung. Die Sozialpartnerschaft könnte gefährdet werden. Einerseits hat bereits die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern mit dem Auszug aus der Paritätischen Kommission gedroht, wenn das Marktordnungsgesetz fallen sollte! Andrerseits aber fürchten die Unternehmer einen Präzedenzfall. Fällt die Ordnung der Agrarwirtschaft, so könnte auch die Sozialpartnerschaft in Frage gestellt werden, fürchten die Herren am Stubenring. Man könnte beinahe darüber lachen. Benya gibt sich forsch: "Wir holen uns schon, was wir brauchen!" Wer wir? Haben wir doch keinen eifrigeren Verfechter der Sozialpartnerschaft als Benya. Die Angst der Unternehmer vor "italienischen Zuständen" ist diesbezüglich wirklich unbegründet, ist aber wahrscheinlich auch gar nicht ernst gemeint.

Die Sozialdemokratie dagegen ist sehr wohl an einem Marktordnungsgesetz interessiert, genauso wie an einem Preisgesetz. Die Vorschläge des Ministers Weihs für ein neues Marktordnungsgesetz enthalten als wesentliche Punkte zwei Neuerungen: einen jährlichen Ernährungswirtschaftsbericht und dazu einen Ernährungs-wirtschaftsplan (zusätzlich zum "grü-

nen Bericht" über die Landwirtschaft) und ein Weisungsrecht für den Landwirtschaftsminister gegenüber den Fonds. Es ist ein weiterer kleiner Schritt auf dem Weg zum erträumten organisierten Kapitalismus, dem Leitbild der Sozialdemokratie. Auch die Preisgesetze – zwischen ihnen und dem Marktordnungsgesetz hat in-zwischen Kreisky ein offenes Junktim ausgesprochen – gehen in dieselbe Richtung. Insofern hat die Angst der Industriellen eine gewisse Grundlage. Geht die Inflation in diesem Tempo weiter, und nichts spricht dagegen, so könnten sich die Sozialdemokraten in einem Verzweiflungsakt doch dazu aufrufen, die eine oder andere gesetzliche Möglichkeit auszuschöpfen.

Die Landwirtschaft kann nicht auf das Marktordnungsgesetz verzichten. Die Wirtschaft auch nicht. Die Regie, ob tatsächlich vorhanden oder zufällig, der SP war geradezu perfekt: Benya und Kreisky gegen eine unveränderte Weiterführung der Marktordnungsgesetze und für die Preisgesetze, AK und ÖGB eher für ersatzloses Auslaufen als gegen unveränderte Verlängerung.

Das voraussichtliche Ergebnis: eine veränderte Fassung der Marktordnungsgesetze und dazu verschärfte Preisgesetze. Dazu kein Risiko, daß die VP die Sozialdemokraten wirklich auf die Nase fallenlassen könnten ohne oder mit Marktordnungsgesetzen und wirkungslosen Preisgesetzen: was will man mehr?

Die ersten Früchte sind schon gereift. Es wird im Herbst Parteienverhandlungen über beide Problembereiche geben. Und die Einigung zeichnet sich schon ab. A bisserl Preisgesetze fürn Stari, neiche Marktordnung für die Gscherten: was will man mehr? Ein Staatsmann von Format, dieser Kreisky samt seinem Team. Was wollen wir noch mehr?

# AK-Wahlen: Kein Sieg der Linken

Selbstverständlich ist es einen Tag nach der Wahl nicht möglich, eine genauere Analyse zu geben (Diese wird zweifellos notwendig sein), aber einige Aussagen können wir jetzt schon zu Diskussion stellen.

Die AK-Wahlen haben für die Linke (GL und GE) einen wenig erfreulichen Ausgang genommen. Daß die Argumentation des KB "Keine Stimme den bürgerlichen Listen" und damit die Gleichsetzung aller Fraktionen äußerst unmarxistisch ist, darauf braucht wohl nicht näher eingegangen werden. Wahlsieger ist der ÖAAB, der die zu erwartenden Verluste der SPÖ aufgesaugt hat. Diese Entwicklung nach Rechts zeigt, wie verderblich die Politik der "Öffnung zur Mitte" seitens der SP-Spitze ist. Einmal mehr bewiesen, daß der Verzicht auf eine klassenbewußte Politik den Einbruch der bürgerlichen Parteien in die Arbeiterschaft direkt fördert. Als positiv muß jedoch die schwere Niederlage der FPÖ bewertet werden. Aufgepäppelt von Massenmedien und SP-Spitze ist ihr dennoch kein Einbruch in die Reihen der österreichischen Arbeiterschaft gelungen. Im großen und ganzen hat sich jedoch die politische Landschaft nicht wesentlich geändert. Der Bewußtseinsstand der Arbeiter und Angestellten wurde deutlich sichtbar. Nach wie vor erscheint dem überwiegenden Teil der österreichischen Arbeiter und Angestellten die Sozialpartnerschaft und die daraus resultierende Politik als einzig möglicher Weg. Trotz ungeheuren materiellen Einsatzes ist es der KPÖ nicht gelungen, an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Die Kleinheit unserer Aktivisten und unsere ungünstige Ausgangsposition ließ ja von Haus aus keine größeren Erfolge zu erwarten.

Wir müssen diese Wahl auch noch von einer anderen Seite betrachten. Erstmals seit dem Bruch mit der KPÖ stellte sich unsere Fraktion zu Wahlen in Wien. Dies war verbunden mit vielen Diskussionen, bei denen nicht wenige meinten, es sei

"Selbstmord", einen Kraftvergleich speziell mit der KPÖ zu riskieren. (Es wurde auf 1971 verwiesen, wo die KPÖ in Wien 22.000 Stimmen, während OL nur 1.890 Stimmen erhielt.). Gleichzeitig begann die Diskussion zur politischen Profilierung der Fraktion, die sich im Wahlprogramm niederschlug und natürlich auch zu Meinungsverschiedenheiten führte. Schließlich führte die ungünstige Ausgangslage dazu, daß der Wahlkampf nicht optimal geführt wurde und eine Reihe Schwächen zu Tage traten. Nicht zuletzt begann die KPÖ eine Diffamierungskampagne, deren Tiefpunkt der Artikel in der Volksstimme vom 24. 9. 1974 darstellte.

Von dieser Warte aus betrachtet, muß das Wahlergebnis als Bestätigung unserer Haltung gewertet werden. Mehr als 3.000 Arbeiter und Angestellte haben in Wien unsere Vorstellungen unterstützt. Damit wurde die Existenzberechtigung unserer Fraktion eindeutig bewiesen. Es wird jetzt darum gehen, die notwendigen Lehren zu ziehen, um die GE zu einer in der Arbeiterschaft verankerten Gewerkschaftsfraktion zu machen, die imstande ist, eine sozialistische Alternative zu bieten. Ohne den Stellenwert von Wahlen überzubewerten, kann gesagt werden, daß das Wahlergebnis dafür günstigere Voraussetzungen geschaffen hat. Das ist ein echter Erfolg.

## Apropos Kodicek und Co.

„Mit Schwierigkeiten“ habe die „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit zu kämpfen“, meldete das Unternehmerorgan „Presse“ im Frühling, „deren Mandatäre vor fünf Jahren noch auf der kommunistischen Liste gewählt worden waren...“ Grund: „Man habe kein Geld“ für die AK-Wahlen. Aber auch „keine bekannten Betriebsräte“.

Geld dürfte inzwischen reichlich eingetroffen sein. Kodicek und Co. kandidieren — wenn auch nur in Wien und beim Wahlkörper Angestellte in der Steiermark. Und die SPÖ-Mehrheit in ÖGB und AK griff der Liste auch in anderer Hinsicht unter die Arme. Durch widerrechtliche Manipulationen schanzte man Kodicek, der sich im Zuge der CSSR-Ereignisse des Jahres 1968 von der Partei abspaltete, aber noch immer als Sekretär im ÖGB herumsitzt, obwohl er niemanden anderen vertritt als ein halbes Dutzend Figuren seiner Güteklasse in Wien, die Listennummer 4 zu. Wohl in der Hoffnung, daß Kodicek bei den kommenden Arbeiterkammerwahlen wenigstens irrtümlich in paar Stimmen bekommen möge.

Die Funktion dieser Gruppe ist inzwischen bekannt. Bei den Nationalratswahlen 1970 kandidierte sie als Liste „Offensiv links“ mit dem

Ziel, den Kommunisten Stimmen wegzunehmen. Die Abfuhr, die sie damals von den Wählern erhielt, nahm ihr offensichtlich die Courage, bei den Wahlen 1971 noch einmal anzutreten. Oder war der Spaß Herr Kreisky inzwischen schon zu teuer geworden?

Bei den Eisenbahnerwahlen im Vorjahr versuchten sie es allerdings nochmals. Wieder errangen sie keine Vertretung, aber ihre Kandidatur hatte in Wien die wirklich fortschrittlichen Eisenbahner genau um jene Stimmen gebracht, die zusätzliche Mandate bedeuten hätten. Genau das soll jetzt auch bei den AK-Wahlen wieder eingefädelt werden.

Politisch haben sie völlig Schiffbruch erlitten. Jene Leute die sich von uns trennten, weil es ihnen nicht gelungen war, die KPÖ zu einem Anhängsel der SP-Politik zu machen, können heute natürlich nicht mehr offen die Trommel für Kreisky und Co. rühren. Also treiben sie sich in holder Eintracht mit Trotzlisten und Maoisten, die ihnen bei der AK-Wahl die Plakatierarbeit abnahmen. Denn wo es gegen Kommunisten und wirkliche Gegner des Sozialpartnerschaftssystems geht, da helfen sie einander allemal.

Deshalb: Bei den kommenden AK-Wahlen keine Stimme in Wien für die sogenannte Arbeitsgemeinschaft Gewerkschaftliche Einheit, für die Spaltergruppe Kodicek! Alle Stimmen für die Kommunisten, Linkssozialisten und Parteilosen, für den Gewerkschaftlichen Linksblock!

jan —

# Arbeitskämpfe in Österreich

## Lohnrunde:

### darf's ein bisschen weniger sein?

Ende September wurden die Kollektivvertragsverhandlungen für Metallarbeiter und Industrieangestellte freigegeben. Gemessen an der Teuerungsrate und dem Wirtschaftswachstum klingen die Forderungen der ÖGB-Führung zahnlos: 16% bei den Metallarbeitern und 17% bei den Industrieangestellten.

Führt man sich die Kompromißbereitschaft der Gewerkschaftsspitze bei Lohnverhandlungen vor Augen, so ist mit einem Abschluß von höchstens 13% zu rechnen. Zurückzuführen sind diese enttäuschenden Forderungen ohne Zweifel auf das völlige Fehlen jeder Demokratie im ÖGB. Gäbe es Urabstimmungen vor und nach Kollektivvertragsverhandlungen zur Festlegung der Forderungen und Abschlüsse, die Ergebnisse sähen sicher anders aus. Ansatzweise haben dies die Verhandlungen bei den Versicherungsangestellten (Abschluß: 18,6%) gezeigt.

Die Ergebnisse des Drucks von unten, der sichtbar stärker wird, sind auch bei den Industrieangestellten

**DEMOKRATIE?  
WAS IST DENN  
DAS SCHON WIEDER?**



bemerkbar. Erstmals wurden im Sektionsvorstand auf Grund nicht überhörbarer Proteste aus den Betrieben Forderungen nach 1000 Schilling Lohnerhöhung für alle plus prozentuelle Lohnerhöhung gestellt. Erstmals waren die Gewerkschaftsfunktionäre gezwungen, schon vor Beginn der Verhandlungen die genauen Forderungen bekanntzugeben. Sie lauten:

- o 17% Gehaltserhöhung, jedoch mindestens 900 Schilling.
- o Anhebung der Mindestgehälter um 22 - 28% auf 4500 Sch.
- o 100% Überstundenzuschlag ab 19 Uhr und am Samstag (bisher 50%) und 200% am Sonntag (bisher 100%).
- o Anrechnung der Vordienstzeiten bei der Urlaubsbemessung

Bei den Metallarbeitern sind die wichtigsten Forderungspunkte:

- o 16% Lohnerhöhung, jedoch mindestens 750 Schilling.
- o Anhebung der Mindestgehälter um 19%.

Die großen Unterschiede in den Forderungen der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaft lassen sich durch nichts rechtfertigen. In den Betrieben sind die Forderungen sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten weit höher als in den Programmen der Verhandlungsgremien, die losgelöst und fast ohne Kontakt zu genau den Leuten, "für" die sie verhandeln, einen Kompromiß nach dem anderen eingehen werden. Ein Grund für die unterschiedliche Höhe der Forderungen könnte sein, daß die "Argumente" von Benya und Sekanina (beide sind Funktionäre der Metallarbeitergewerkschaft) man müsse bei der Bemessung der Forderungen das neue Lohnfortzahlungsgesetz, die Steuerreform und die Arbeitszeitverkürzung berücksichtigen, bei den "Vertretern" der Metallarbeiter auf mehr Verständnis gestoßen sind als bei den Industrieangestellten.

Es wird sich zeigen, wie lange die ÖGB-Führung noch in der Lage sein wird, den Arbeitern und Angestellten ihre Vorstellungen aufzupressen.

## MIT EINEM FINGER KANN MAN DRAUFZEIGEN-



## MIT FÜNF ZUPACKEN!

### 200 auf der Straße

Die Schließung der Wurstfabrik Hoffmann in Hagenbrunn ist das letzte Ergebnis "unternehmerischer Privatinitiative" am Stadtrand Wiens. Die 200 Beschäftigten der Firma flogen auf die Straße und warten zum Teil heute noch auf ihre Löhne und Gehälter.

### Riha-Steyr

Die Firma Riha, zu jeweils 37% im Besitz der VMW Ranshofen und den Tirolia-Werken, plante, wegen Absatzschwierigkeiten rund die Hälfte der 350 Beschäftigten zu entlassen. Anfangs reagierten weder ÖIAG noch ÖGB auf diese Gefährdung von Arbeitsplätzen. Erst allmählich schaltete sich die Gewerkschaft und Arbeiterkammer ein. Es wurde Einspruch beim Einigungsamt gegen die bereits erfolgten Kündigungen erhoben. Doch erst nach einem Monat Tauziehen stand es endgültig fest: Riha wird weitergeführt, die VMW und die mit dem westdeutschen Flick-Konzern verflochtenen Tirolia-Werke führen den Betrieb weiter. Die Familie Riha (bisheriger Besitz: 25%) ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

# GROHE: Fortsetzung und Ende

Nach einigen Monaten Vorarbeit schlug Ende August für die frisch aus dem Urlaub abgebrannten Kollegen die Stunde. Nahmen sie die ersten Kündigungen, die bloß eine Minderheit betrafen, noch mit gespielter Leichtigkeit zur Kenntnis, wurden sie keine 24 Stunden später mit einer sogenannten Rettungsaktion von Arbeitsplätzen konfrontiert, die derart einmalig ist, daß man Mühe hat, sie ernst zu nehmen.

Die Aktion unentgeltliche Samstagarbeit wurde gestartet. Gemeinsam mit dem Angestelltenbetriebsratsobmann sollten 4 oder 5 Samstage hindurch Angestellte des Werkes im Akkord Armaturen montieren und dafür keinen Groschen abgegolten bekommen und natürlich auch ohne Anspruch auf Freizeitausgleich. Nach hitzigen Diskussionen einer Minderheit, die mit allen möglichen Argumenten gegen die nicht nur sinnlose, sondern auch gefährliche Aktion eintrat (wurde doch damit der Firmenleitung recht gegeben, die Löhne der Montagearbeiterinnen zu kürzen, worauf die nicht nur ein wesentlich geringeres Urlaubsgeld bekamen, als sie einplanten, sondern auch die Lust verloren, auf Anforderung

der Firma bei Mehrarbeit Überstunden zu leisten). Darüber hinaus, so wurde damals schon argumentiert, besitzt die Firma ein Teilungsmoment in der Angestelltenschaft. Der Chef wußte nun, wer der Firma total ergeben war und wer nicht. Alle diese Auseinandersetzungen fruchteten nichts. Die Samstagsaktion ging anstandslos über die Bühne, unter Mitwirkung nahezu aller Betriebsräte.

14 Tage später entließ man höheren Ortes einflußreiche Manager. Die Neuen räumten nun mit dem Unfug ihrerseits auf. Es begann sich das Kündigungskarussell erneut zu drehen. In verschiedenen Etappen wurden 3/4 der Belegschaft gekündigt. Natürlich wurde auch das Produktionsprogramm zusammengestrichen und es erscheint mehr als fraglich, ob die Produktionsstätten, die damit in dem Umfang für das Unternehmen sinnlos sind, erhalten bleiben, mit einem Wort - es ist fraglich ob das Unternehmen gehalten werden kann.

Von einem sozialen Aspekt kann man im Zusammenhang mit den Kündigungen nicht sprechen. Viele der älteren Belegschaftsmitglieder haben den Schock bis heute nicht verdaut und demnach natürlich noch keine

vergleichbare Arbeitsstätte gefunden. Resignation und Hoffnungslosigkeit macht sich bei ihnen breit. Die jungen Kollegen besitzen zum Teil bereits bessere Verträge, zum Teil müssen sie beachtliche finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Die Kriterien, nach denen bis jetzt gekündigt wurde, richten sich nicht nur nach sachlichen, sondern auch nach loyalen Gesichtspunkten. So teilt man vielen Samstagsenthusiasten andere Plätze zu, um ältere unliebsame Kumpel kündigen zu können. Der Betriebsrat, insbesondere der der Arbeiter, unternimmt Anstrengungen, die gekündigten Arbeiter an andere Gesellschaften so günstig es geht weiterzuverschachern. Soweit das bis jetzt ersichtlich ist, müssen sie zum Teil erhebliche finanzielle Abstriche in Kauf nehmen, insbesondere deshalb, weil in der Fertigung so viele Spezialisten arbeiten, für die keine gleichwertige Arbeit im gewünschten Umfang gefunden werden kann.

Fazit der Erfahrungen:

ITT wurde von einem Floh gezwickt. Die Arbeiter marschierten daraufhin schön geordnet in Zweierreihen aus dem Fabrikstor. Die Angestellten,

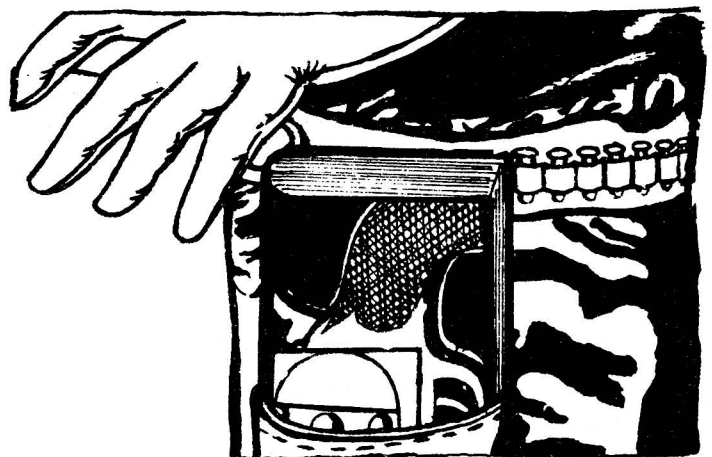
**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGGASSE 9**

**43 32 21**

**1010 WIEN**

**BOOK POWER**



da sie eine längere Kündigungsfrist haben, schließen sich dem Zug freundlich lächelnd und etwas angeheitert (in der Kündigungszeit wird viel gesoffen) an. Ein lustiger Portier erzählt noch einen guten Witz

und schließt hinter ihnen das Tor ab. Für die, die noch bleiben dürfen, genügt das Seitentürl. Dieser Rest rückt zusammen, arbeitet schneller, spricht weniger und sauft überhaupt nicht.

Aus einem Flugblatt :

#### NEUIGKEITEN FÜR DIE WERKTÄTIGEN BEI GROHE

- o Lohnkürzungen mit willkürlich festgelegten Stückzeiten in der Montage
- o Kündigungen von Arbeitern und Angestellten
- o unentgeltliche Samstagarbeit der Angestellten
- o Analytische Arbeitsplatzbewertung
- o Überstundenabrechnung auf Zeitausgleichsbasis

Mit diesen Methoden versucht eine nebulöse Firmenleitung, die von uns keiner kennt, das, was im kapitalistischen Wirtschaftssystem keiner kann: einer Krise Herr zu werden.

Nachdem viele Jahre hindurch im Grohe-Konzern und bei Konkurrenzunternehmen viel investiert und rationalisiert wurde und es andererseits seit ca einem Jahr in weiten Teilen Westeuropas eine Flaute am Wohnbau gibt, weil sich immer weniger Arbeiter die Mieten für neue Wohnungen leisten können, ist es nicht möglich, den geplanten Armaturenabsatz sicherzustellen.

Wie löst die Unternehmensspitze das Problem:

Siehe oben: auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten.

Wären uns die Arbeitsplätze sicher, wenn sich die Werkstätigen das gefallen lassen oder bei einzelnen Sonderaktionen wie der Samstagarbeit noch mitmachen?

Kann durch weitere Rationalisierung Arbeitshetze und unentgeltliche

Arbeit die Krise am Baumarkt bereinigt werden?

Es besteht der Verdacht, daß jetzt noch möglichst viel aus den Arbeitern herausgeschlagen werden soll, ehe der Betrieb dicht macht. Denn was kümmert den in Deutschland ansässigen Grohekonzern ob unsere Arbeitsplätze gesichert sind? Oder wie weit sorgt sich die ITT um uns. Ihnen genügt es, wenn wir uns um sie sorgen. Sie wünschen sich nicht mehr als daß wir zu allen ihren Rationalisierungsmaßnahmen Ja und Amen sagen. Was können sie sich schöneres vorstellen, als für geleistete Arbeit nichts bezahlen zu müssen?

Wir haben die Wahl, uns von einer Brüsseler Zentrale diktieren zu lassen, um dennoch letztlich zu verlieren oder uns weniger als "Mitarbeiter", sondern uns mehr als Arbeiter, die um ihre Rechte kämpfen müssen, zu betrachten. Denn wenn wir uns um uns nicht selbst kümmern, kümmert sich niemand um uns, und am wenigsten die Firma.

Wir fordern daher die Einberufung einer Betriebsversammlung, in der

- o unsere Firmenleitung über die tatsächliche Wirtschaftslage Auskunft gibt
- o der Betriebsrat zu den angeführten Problemen der Kollegen Stellung nimmt

und unter Zuziehung von

- o Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfunktionären, um ein Verschaukeln unserer Interessen durch irreführende Berichte zu verhindern.

## Wozu Kommunalpolitik?

"offensiv links" hat es sich zur Aufgabe gestellt, Berichte, Informationen, Stellungnahmen zu Problemen zu bringen, welche die Arbeiter und die Bevölkerung tagtäglich betreffen, ohne dabei die sozialistische Perspektive aus den Augen zu verlieren.

Kommunale Angelegenheiten gehören zu jenen, welche die Bevölkerung gewöhnlich unmittelbar treffen. Das wäre bereits Grund genug, sich damit zu beschäftigen.

Daneben aber stellt Kommunalpolitik allgemein einen Bereich dar, dem im Gesamtzusammenhang immer stärkere Bedeutung zukommt. Der gestiegene und weiter steigende Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen stellt dafür nur ein Indiz dar. Es ist die natürliche Folge des Trends, den Gemeinden immer mehr Aufgaben zu übertragen. Zu den traditionellen kommunalen Dienstleistungen kommen immer mehr direkt wirtschaftliche, sowohl Produktions- wie auch Versorgungsfunktionen. Die Gesetzgebung neigt dazu, den Gemeinden innerhalb eines vorgegebenen Rahmens die Durchführung wichtiger Aufgaben zu überlassen; ein Beispiel ist der Wohnbaubereich, ein anderes die Stadtplanung. Der heutige Kapitalismus ist gezwungen, den Staat immer stärker mit direkt ökonomischen Aufgaben zu beauftragen. Dabei gerät er aber in Widerspruch zu sich selbst, denn damit würde Planung nötig. Der Staat versucht diesen Widerspruch zu lösen, indem er sich selbst marktähnlich organisiert: Der Zentralstaat als Gesamtunternehmen beauftragt Gemeinden (und Länder), auf gewissen begrenzten, für Privatunternehmen wenig einträglichen Wirtschaftsgebieten wie Großunternehmen zu agieren. Dabei können und sollen sie sich durchaus konkurrenzieren. Gemeinden sind also nicht nur tatsächlich Unternehmer, sie sind dies auch rechtlich. Dadurch kommen sie in direkten Gegensatz zu den Betroffenen. Sozialistische Politik wird sich also auch um kommunale Angelegenheiten verstärkt



# Kommunalpolitik

kümmern müssen. Dies umso mehr als ein Sozialismus, der sich an der Selbstverwaltung orientiert und sich so eindeutig von den Zerrbildern der Oststaaten unterscheidet, vor allem auch auf dieser Ebene ansetzen muß, will er über den Zentralismus die Demokratie nicht vergessen.

Das Anliegen dieser Spalte ist es, Interessierten und Betroffenen nützliche Informationen zu vermitteln. Dazu brauchen wir aber die Mitarbeit aller. Wir bitten also Mitglieder, Sympathisanten, Leser, uns ihre Informationen zur Verfügung zu stellen, damit wir sie weitergeben können.

## Nachrichten

Mitte August fand im Rathaus ein Städteplanerkongreß statt. Wie gewöhnlich ohne aufregende Ergebnisse. Es wurde lediglich das allgemein anerkannt, was praktisch schon lange jeder weiß: Die berühmte Charta von Athen mit ihrer Trennung der Stadtfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen...) gehört zum alten Eisen und war eigentlich immer ein Unsinn. Diese Charta war das Ergebnis einer Diskussion einer Gruppe moderner Architekten auf einem Luxusdampfer im Mittelmeer 1933. Kennzeichnenderweise hatte diese Gruppe ("CIAM" - Internationaler Kongreß moderner Architekten) zuerst die ziemlich einflußreichen Marxisten (Gruppe Ernst May) hinauswerfen müssen, bevor sie zu ihrem wirklichkeitsfremden Vorschlag kamen. Oder war er für die politischen Verhältnisse gar nicht so wirklichkeitsfremd? Jedenfalls orientierte sich die bürgerliche Stadtplanung mehr als drei Jahrzehnte nach den Empfehlungen dieser Ästhetizisten und Villenbauer. (Unter ihnen befanden sich immerhin Le Corbusier, Hugo Gropius und die de Stijl-Architekten.)

+ + +

Das Assanierungsgesetz beginnt Wellen zu schlagen. Vor zwei Monaten waren 20 mögliche Assanierungsgebiete im Gespräch, heute sind es 38. Wie reell das ist, sei dahingestellt. Feststeht, daß es demnächst das erste geben wird, im 17. Bezirk: das Gebiet

Thaliastraße - Wattgasse - Ottakringerstraße - Ottakringer Brauerei. Stadtrat Hofmann hat bereits die erste Pressefahrt angekündigt. Für die Bewohner dieses Gebietes bedeutet das Absiedlung und alles was sich daran hängt. Es dürfte also einige "Unruhe" geben!

+ + +

Wie man hört, wird die "Aktion Planquadrat" in absehbarer Zeit ihr Ende finden. Im Rathaus war sie immer umstritten. Nun wird aber der zuständige Berater des Bürgermeisters, Freiler, dessen Privathobby sie was möglicherweise seinen Hut nehmen müssen. Allerdings wurde kürzlich noch ein Planquadrat 16 genehmigt, in unmittelbarer Nähe der Jubiläumshäuser im 16. Bezirk. Inzwischen wurden alle bis auf das Planquadrat 4 abgeblasen, einschließlich Spittelberg. Das Planquadrat 4 wird durchgezogen, da sich hier das Fernsehen schon eingemischt hatte. Ein sanfter Tod einer gut gemeinten Initiative, die ein schlechtes Ende findet; nicht zuletzt deshalb, weil die Be- und Anwohner ziemlich unbeteiligt blieben und meist über ihre Köpfe hinweg gehandelt wurde.

+ + +

Das Heizkostenproblem wird wieder virulent. In der Per-Albin-Hanson-Siedlung Ost und im 21. Bezirk versuchte der Kommunistische Bund Wien eine Unterschriftenaktion gegen eine Heizkostenerhöhung zu starten. Wie sinnvoll dies ist, mag jeder beurteilen, der den "Eindruck" von einigen Tausend Unterschriften auf die Rathauspolitiker kennt. Die Genossen und Kollegen aus diesen Gebieten könnten sich dazu etwas Wirksames überlegen!

+ + +

Im 15. Bezirk hat sich eine "Arbeitsbasis Fünfhaus" gebildet. Sie besteht aus Architekten, Psychologen, Politologen und Wirtschaftlern und will zum einen konkrete Hilfestellung in Alltagsproblemen bieten (Information, Vermittlung etc.), zum anderen versuchen, die Bevölkerung selbst in diese Arbeit einzubeziehen. Fernziel ist die Bildung einer Reihe solcher Gruppen, in denen Vertreter aller

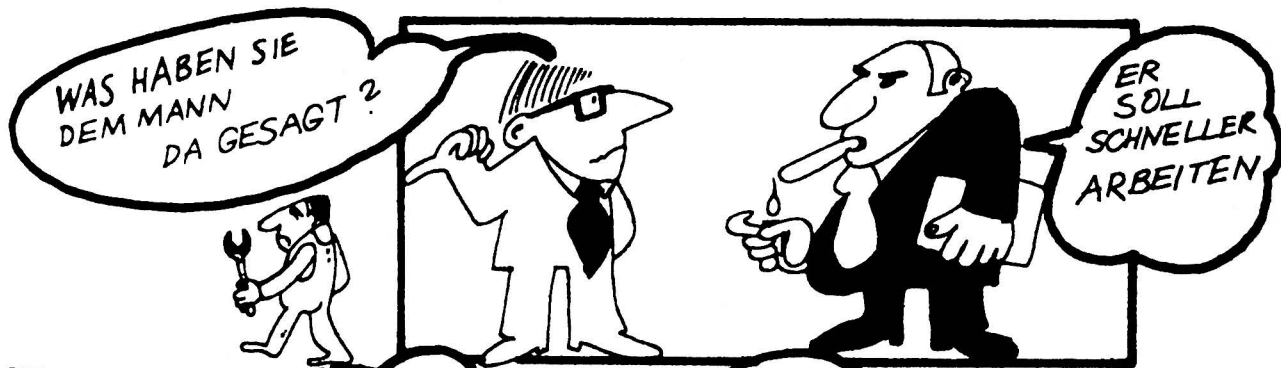
Richtungen einzubeziehen sind. Interessierte mögen sich wenden an: P. Fischer, 82 06 325 (abends) oder an R. Wessely, 42 74 68.

+ + +

Die Aktion gegen Abbruchspekulation ist trotz des Sommerurlaubes nicht untätig gewesen. Sie haben ihre bisherigen Erfahrungen (vgl. "offensiv links" Nr. 5) in einer Plattform zusammengefaßt, in der sie ihre Forderungen präzisierten und auch ausführten, was sie unter Mieterkontrolle verstehen. Darüber werden wir noch ausführlich berichten. Mit dieser Plattform hoffen die Mieter, die Minister Broda und Moser (Justiz bzw. Bauten) von ihren Forderungen zu überzeugen. Sie sandten also eine Delegation zu ihnen. Das Ergebnis war offensichtlich desillusionierend: Weitere Kampfmaßnahmen sollen am 1. November, 19 Uhr, Gasthaus Bayrischer Hof (1020, Taborstraße), beraten werden. Interessierte sind eingeladen, sich zu beteiligen.



# DER KAPITALIST BRAUCHT UNS!



# WOZU BRAUCHEN WIR IHN?



# Totgeburt Mitbestimmung

## Das neue Schulunterrichtsgesetz

Wer sich vom neuen Schulunterrichtsgesetz, der neuen "Schulverfassung", grundlegende Demokratisierungsbestimmungen für die Schule erwartet hat, ist enttäuscht worden. Überlegt man sich aber die Funktion der Schule und die Ursachen für Schulreformen einerseits, die Rolle der Sozialdemokratie andererseits, so wird einem als Linkem klar, daß der Fehler zum Teil bei einem selbst liegt. Kann man sich von einer sozialdemokratischen Regierung, die – wie wir doch schon wissen – die Interessen der fortgeschrittenen Teile des Kapitals vertritt, erwarten, daß sie Verbesserungen in Form von Gesetzen auf dem Tablett serviert oder ist es nicht vielmehr die Aufgabe der Linken, Fortschritte zu erkämpfen?

Die Schule hat die Funktion, im Sinne der herrschenden Klasse und ihrer wirtschaftlichen Erfordernisse die Schüler zu qualifizieren (Wissen und Fertigkeiten der zukünftigen Arbeitskraft) und die herrschende Ideologie in ihre Köpfe zu bringen (wie die Schüler sich zu verhalten haben, was sie zu denken haben ...). Bei einer raschen industriellen Entwicklung, wie wir sie in den letzten hundert Jahren erlebt haben, ändern sich auch die Qualifikationsanforderungen sehr schnell. Die Schule kann diese Entwicklung meistens nicht so rasch nachvollziehen und hinkt ihr nach. So ist es zu verstehen, daß das "humanistische Bildungsideal" (Lernen von Latein und Griechisch) an unseren Schulen noch zu einer Zeit Geltung hatte, als die Unternehmer schon längst nach Technikern riefen. In solchen Fällen ist das Kapital gezwungen, Schulreformen zu veranlassen. Das neue Schulunterrichtsgesetz stellt "eine längst fällige Anpassung an die gesellschaftliche Realität dar" (Sinowatz im Vorwort).

Verständlich, wenn man bedenkt, daß die bisher geltenden Gesetze aus der Zeit zwischen 1854 und 1937 stammen. Vor 120 Jahren bedurften die Kapitaleigner einer kleinen Gruppe von humanistisch gebildeten Führungskräften und einer großen Masse von kaum qualifizierten Arbeitern. Die technische Entwicklung und der steigende Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften zwingt den Staat, der die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt, alle Begabungsreserven auszuschöpfen. In diesem Licht sind alle Bestrebungen zur Einrichtung der Gesamtschule, zur Förderung von Arbeiterkindern usw. zu sehen. Auch das System persönlicher Autoritätsausübung ist vorbei. Heute unterwirft sich der Arbeiter "Sachzwängen", er arbeitet in Teams, er kann und soll über Dinge, die seine Arbeit betreffen, mitreden – im Interesse des Unternehmers, versteht sich.

Natürlich darf man jetzt nicht in den Fehler verfallen, zu sagen: "Alle Reformen und Entwicklungen sind im Dienste des Kapitals, deshalb lehnen wir sie ab." Das wäre genauso falsch wie das Hochjubeln solcher Reformen. Die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus bedingt, daß Maßnahmen, die im Sinne der herrschenden Klasse getroffen werden – wie z. B. die Verbesserung der Ausbildung der Arbeiter – auch die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse günstiger gestalten können, wenn wir sie entsprechend ausnützen. Diese Schulreform trägt jedoch keine fortschrittlichen Züge. Dennoch soll dieser Artikel sich nicht darauf beschränken, die Gesetze nach Strich und Faden zu zerlegen, sondern stellt einen Versuch dar, Perspektiven und Ansatzpunkte für linke Aktivitäten an den Schulen aufzuzeigen.

### DAS GEWISSE MASS DER SCHÜLERMITVERWALTUNG

"Insgesamt wird der schulische Alltag durch die neuen Gesetzesbestimmungen nicht unwesentliche Veränderungen erfahren, nicht zuletzt durch die Verankerung eines gewissen Maßes der Schülermitverwaltung und der gesetzlich vorgesehenen Bildung eines Schulgemeinschaftsausschusses." (Sinowatz im Vorwort zum SCHUG)

Die Schülermitverwaltung betrifft Schüler erst ab dem 9. Schuljahr – es sei denn, ein Direktor hält die Beteiligung der Schüler am Schulleben auch in den unteren Schulstufen, "allenfalls in einzelnen Klassen im Hinblick auf die Reife der Schüler und aus erzieherischen Gründen" für zweckmäßig.

Folgende Rechte werden den Schülern zugedacht, wobei "die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungsrechte und der Mitbestimmungsrechte der Schüler dem Schulgemeinschaftsausschuß (der sich aus drei Lehrern, drei Schülern und drei Eltern zusammensetzt) obliegt." (!!!)

#### Mitwirkungsrechte:

Das Recht auf Anhörung,  
das Recht auf Information,  
das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen,  
das Recht auf Teilnahme an einzelnen Punkten von Lehrerkonferenzen, ausgenommen Beratungen über die Leistungsbeurteilungen,  
das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichtes im Rahmen des Lehrplanes,

das Recht auf Beiteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel;

#### Mitbestimmungsrechte:

Das Recht auf Mitentscheidung bei der Erstellung der Hausordnung,  
das Recht auf Mitentscheidung bei der Anwendung von Erziehungsmitteln,  
(Versetzung eines Schülers in eine Parallelklasse)

das Recht auf Mitentscheidung bei der Antragsstellung auf Ausschluß eines Schülers.

Die Interessensvertretung obliegt den Schülervetretern. Das sind die von den Schülern einer Klasse gewählten Klassensprecher (Stellvertreter), die ihrerseits in Schulen mit Fachabteilungen (z. B. technisch-gewerbliche Lehranstalten) Abteilungssprecher, und diese gemeinsam den Schulsprecher (Stellvertreter) wählen. Schülervetreter können dann abgewählt werden, wenn ein Drittel der jeweiligen Wahlberechtigten zu diesem Zweck eine Wahl verlangt. Es gibt aber auch die Möglichkeit, daß einem Schüler die Wählbarkeit vom Schulgemeinschaftsausschuß aberkannt wird, nämlich dann "wenn er wegen eines schwerwiegenden ordnungswidrigen Verhaltens oder wegen Gefährdung seines erfolgreichen Abschlusses der betreffenden Schulstufe zu Erfüllung der Aufgaben eines Schülervetreters ungeeignet erscheint." Dazu: Im BG XX wurden 3 Schüler mit dem Hinauswurf bedroht, weil sie linke Zeitungen verkauften - ist das ordnungswidrige Verhalten? Es ist ganz klar, daß man mit dieser Bestimmung politisch gefährliche Schüler ausschalten will. Und: Für wen ist neu, daß ein Lehrer einen mißliebigen Schüler mit Leichtigkeit durchfallen lassen kann?

Natürlich ist es ein Fortschritt, wenn von nun an auf allen Schulen Schülervetreter gewählt werden müssen. Daß diese Wahlen unter Aufsicht des Klassenvorstandes bzw. Schulleiters stattfinden, verhindert eine inhaltliche Diskussion darüber, wer die Interessen der Schüler am besten vertreten kann. So wird formale Demokratie eingeübt. Der Schüler wird auf das spätere Ritual des Wählens - Meinung in Form von Stimme - vorbereitet. Entgehen könnten die Schüler dieser Gefahr dadurch, daß sie sich außerhalb der Schule treffen, um eine möglichst günstige Vorgangsweise zu besprechen.

Die Rechte, die die Schüler von nun an genießen, sollten sie natürlich weitestgehend ausnützen. Nur müssen sie sich der Gefahren bewußt sein, die beim "Demokratiespiel" immer gegeben sind. Erstens macht man es den Aufsichtsorganen, wenn man Unmut oder Beschwerden äußert,

leichter, Bewegungen unter Kontrolle zu bringen. Zweitens gibt einem die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, häufig ein Gefühl der Befriedigung, auch dann, wenn man in Wirklichkeit gar nichts geändert hat. Die Chancen der Schülervetreter liegen am ehesten in der Möglichkeit, die Mitschüler (ev. mittels Zeitungen, Flugblätter) zu informieren, gemeinsame Forderungen zu artikulieren, solidarisches Vorgehen der Schüler zu initiieren u. ä. Eine Aufgabe der Schülervetretung wäre es sicher, den Kampf darum zu führen, daß auch die Schüler der 5.-8. Schulstufe Schülervetreter wählen können.

#### SCHULGEMEINSCHAFTSAUSSCHUSS

Im ersten Entwurf des Unterrichts-gesetzes setzte sich dieses Organ "Zur Förderung und Festigung der Schulgemeinschaft" zu gleichen Teilen aus Lehrern und Schülern zusammen. Die jetzt beschlossene Drittelparität aus je drei Vertretern der Lehrer, der Schüler und der Erziehungsberechtigten und dem nicht stimmberechtigten Direktor, läßt natürlich ein Untergehen der Schülerfraktion befürchten. Dieser Ausschuß soll, ebenso wie die Schülervetretungen, in polytechnischen Lehrgängen, Berufsschulen und in den mittleren und höheren Schulen, in den ersten drei Monaten nach Schulbeginn gebildet werden.

Dem Schulgemeinschaftsausschuß obliegen

- a) die Beratung insbesondere über
  - aa) wichtige Fragen des Unterrichtes,
  - bb) wichtige Fragen der Erziehung,
  - cc) Fragen der Planung von Schulveranstaltungen (insbesondere von Wandertagen, Schullandwochen und Schulschikursen),
  - dd) die Durchführung von Elternsprechtagen,
  - ee) die Durchführung von Sammlungen,
  - ff) die Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung,
  - gg) Baumaßnahmen im Bereich der Schule,
  - hh) Fragen der Schulgesundheitspflege,
  - ii) Vorhaben, die der Mitgestaltung des Schullebens dienen (§ 58 Abs. 3);

- b) die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler (§ 58 Abs. 2) und die Festsetzung des Wirkungsbereiches der Schülervetreter (§ 59 Abs. 5);
- c) die Aberkennung der Wählbarkeit eines Schülers zum Schülervetreter (§ 59 Abs. 6);

Kann man noch am ehesten rechnen, daß die entsandten Schülervetreter (Schulsprecher und zwei andere von der Versammlung der Schülervetreter gewählte) fortschrittliche Standpunkte vertreten, so ist zu überlegen, wie die Chancen beiden anderen Ausschußmitgliedern stehen.

Die Lehrervetreter werden von der Schulkonferenz gewählt. Es ist denkbar, daß sich die Lehrer in manchen Schulen gar nicht so um dieses Amt reißen und ein Linker, der sich noch nicht zu sehr deklariert hat, diese Funktion übernimmt. Allerdings: erstens gibt es nicht allzu viele Linke, speziell unter den Lehrern der höheren Schulen, und jungen Lehrern, die sich noch nicht "bewährt" haben, wird man das Vertrauen nicht schenken. Und sollte sich herausstellen, daß ein Vertreter sich bei Abstimmungen nicht standesbewußt verhält, so sind die Chancen für eine Wiederwahl gering. Von dieser Seite her ist also nicht sehr viel zu erwarten.

Nach dem neuen Schulunterrichtsgesetz ist die Errichtung und Tätigkeit von Elternvereinen vom Schulleiter zu fördern. Ihre Organe können dem Direktor "Vorschläge, Wünsche und Beschwerden" mitteilen, die dieser dann zu prüfen hat. Zu diesen ungeheuren Rechten kommt noch die Möglichkeit der Wahl der Elternvetretter für den Schulgemeinschaftsausschuß hinzu. (Besteht in einer Schule kein Elternverein, so wählen die Eltern aus ihrem Kreis die drei Vetretter.) Da im allgemeinen die "linken" Eltern auch zu denen gehören, die mehr Aktivität an den Tag legen und ihre Meinungen vertreten können, kann man schon damit rechnen, daß diese häufiger gewählt werden und natürlich dann den "richtigen Klassenstandpunkt" vertreten - dies ist weniger eine Einschätzung der Situation, als eine Aufforderung an alle "Elterngenossen", den Schulkampf zu beginnen.

# Internationales Diskussionsforum Korcula

## Die Zeitschrift »Praxis« und die Sommerschule Korcula

Die Sommerschule Korcula wurde vor 11 Jahren auf Initiative jugoslawischer Philosophie- und Soziologieprofessoren gegründet, die gleichzeitig Redakteure der philosophischen Zeitschrift "Praxis" sind. Es ist also eine Verbindung gegeben, und sowohl die Sommerschule als auch die "Praxis" haben das Ziel, den Marxismus weiterzuentwickeln und neue Erkenntnisse, die durch keinerlei staatliche oder parteioffizielle Ideologie eingeengt sind, in möglichst breite Kreise zu tragen. Die Gedanken dieser Philosophen und Soziologen, von denen die meisten an den Universitäten Zagreb oder Belgrad lehren, sind so gut fundiert, daß sie sowohl in der nichtdogmatischen Linken als auch bei führenden Köpfen der ganzen Welt und sogar in der bürgerlich-liberalen Presse Widerhall finden.

Abgelehnt werden sie hauptsächlich in den Staaten des Warschauer Paktes. Jugoslawien ist an guten Wirtschaftsbeziehungen zum Westen und an einer liberalen Fassade interessiert, und das ist wohl einer der Gründe, warum man in Jugoslawien zumindest in einem engen, von den Massen ziemlich abgekapselten Rahmen derart undogmatische Diskussionen führen kann, während das in anderen nachrevolutionären Ländern nicht einmal in diesem Rahmen möglich ist – in den kapitalistischen Ländern kommt aus den umgekehrten Gründen auch kaum eine derartige Vielseitigkeit zustande. Allerdings hatten die "Praxis"-Theoretiker in den letzten Monaten größere Schwierigkeiten, vor allem wegen der Kritik an der jetzigen Form der Arbeiterselbstverwaltung, die in Wirklichkeit die Technokraten begünstigt.

Die "Praxis"-Redakteure vertreten durchaus nicht in allen Fragen eine einheitliche Auffassung, sie meinen aber, daß unterschiedliche Ansichten in bestimmten theoretischen Fragen keine Gefährdung des Sozialismus darstellen, wenn die Entschlossenheit, einen menschlichen Sozialismus zu errichten, allen gemeinsam ist. Gefährlich kann das nur für

Leute werden, die den Sozialismus einengen wollen.

Das Leitthema lautete "Die Kunst und die zeitgenössische Welt". Die Referate waren teilweise zu abstrakt, man fragte sich, welche Konsequenzen man nun aus dem Gehörten ziehen sollte.

Einige Diskussionsbeiträge seien andererseits besonders hervorgehoben. Ein jugoslawischer Student antwortete auf das Klagelied eines Vortragenden, daß die Kunst im Sterben liege: "Nicht die Kunst stirbt, sondern unser bisherige Begriff von ihr. Eine neue Kunst wird ebenso wie eine neue Gesellschaft entstehen. Wie sie aussehen werden, wissen wir noch nicht."

Der deutsche Journalist und Gewerkschafter Heinz Brandt sprach vom spontanen Tanz der Frauen gegen die Fließbandarbeit in einem westdeutschen Betrieb anlässlich eines Streiks. Auch andere Redner wiesen auf spontane Massenkunst hin, die mit Protest gegen Zwang und kapitalistische Entfremdung verbunden ist.

Eindrucksvoll war das Bekenntnis von Professor Matvejević, Universität Zagreb, zu einem offenen, gewonnenen Erkenntnisse verarbeitenden, gleichzeitig neuen Erkenntnissen geöffneten, nach neuen Erkenntnissen strebenden Sozialismus, der sich nicht bürokratisch abkapselt, nicht erstarrt und vor allem ein menschliches Antlitz trägt.

Leider glitt die Debatte zu oft auf Teilprobleme ab, und die in verschiedenster Form gestellte Frage: "Wie kann man der Kunst mobilisierenden und revolutionierenden Charakter verleihen, ohne daß sie dadurch an Niveau verliert?" wurde ständig verdrängt. Von einigen Rednern wurde sie kurzerhand damit abgetan, daß Kunst, die darauf abziele, die Massen zu erreichen, auf jeden Fall vulgarisiert sei. Daß an einer derart wesentlichen Frage so sehr vorbeigeredet wurde, fand denn auch entschiedene Kritik. In dieser wurde darauf hingewiesen, daß freier Mei-

nungsaustausch schließlich nicht bedeutet, die Fragen zu zerreden, sondern im Gegenteil etwas Gemeinsames zu konstruieren, einen gemeinsamen Weg zu finden. Es wurde zu überlegen gegeben, daß Kunsttheorie ebenso wie Philosophie sich selbst negieren, wenn sie nicht versuchen, die Einheit mit der Tat herzustellen.

Hier trat doch wieder das Großartige der Sommerschule Korcula zutage: die Kritik, daß man Leuten, die eigentlich nichts zu sagen hatten, nicht so viel Redefreiheit auf Kosten der anderen hätte zugestehen sollen, wurde von den Veranstaltern positiv aufgenommen. Die Anregung, die Sommerschule in Zukunft auf breiterer Basis vorzubereiten, das Thema rechtzeitig bekanntzugeben und damit einen konstruktiveren Gedankenaustausch zu ermöglichen, fand Zustimmung.

Bei allen Schwächen, die sie hatte: die Sommerschule Korcula war ein internationales Ereignis. Wir hoffen, daß sie nächstes Jahr weniger durch äußere Schwierigkeiten gehemmt sein wird und daß wir wieder an ihr teilnehmen können.

**Deine  
Lebensversicherung  
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 14 302

## Äthiopien

### Der Löwe von Juda im Käfig

Der spektakuläre Schlag ist erfolgt: Der Negus Negesti Haile Selassie ist abgesetzt. Jahrzehntlang hatte er als absoluter und unbeschränkter Souverän über ein Volk von Analphabeten geherrscht. Man sagt, daß zu gewissen Zeiten kein Schreibtisch in der Verwaltung ohne seine Genehmigung angeschafft werden durfte. Nun vollzog sich sein Abschied vom kaiserlichen Palast unter dem Ruf von Passanten "Ieva! Ieva! (Dieb)".

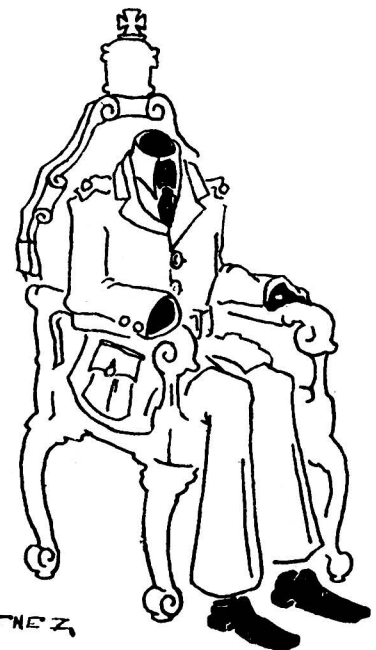
Bevor die ersten Militäreinheiten an der somalischen Grenze im vergangenen Winter zu meutern begannen, schien dieses Land ein Muster an Stabilität. Wie brüchig diese Stabilität war, hatte sich jedoch schon gezeigt, als 1960 zum ersten Mal geputscht wurde, der Putsch aber schnell zusammenbrach. Bereits damals aber war die Parole: "Fortschritt und Entwicklung". Und die hat dieser Staat dringendst vonnöten. Die Gesellschaftsstruktur war feudalistisch. Durch eine "Verwaltungsreform" hatten die Fürsten zwar den Namen von Gouverneuren erhalten, und ihre Gebiete wurden Provinzen genannt. Am tatsächlichen Zustand hatte sich jedoch kaum etwas geändert. Die Bauern standen in einer sklavenähnlichen Leibeigenschaft, auch wenn die Sklaverei offiziell 1924 aufgehoben worden war. Und alle sogenannten Reformen zielten darauf hin, den Einfluß der umfangreichen kaiserlichen Familie auf Kosten der anderen Feudalherren zu stärken, aber auch, ein Minimum an Effizienz für die Verwaltung und die embryonale industrielle Erzeugung zu schaffen. Gerade dieses zweite Ziel aber wurde dem Regime und dem System zum Verhängnis. Die wenigen Studenten beispielsweise, die nach Europa als Stipendiaten geschickt wurden, kamen zwar durchwegs aus wohlhabenden Familien, doch bekamen gerade sie auch einen Blick für die unhaltbaren Zustände. Die Militärs, relativ zahlreich aus innen- und außenpolitischen Gründen, wurden unruhig.

Seit einem Jahr herrscht in den Landgebieten Äthiopiens eine Hungersnot, welche die in den Sahel-Gebieten noch übertrifft. Hilfe jedoch war kaum möglich: zum einen, weil nur eine einzige befahrbare Straße vorhanden ist, also die Hilfsgüter nicht einmal transportiert werden konnten, zum anderen, weil über diese Hungersnot nicht gesprochen werden durfte. In Addis Abeba wußten viele Leute nicht einmal davon. Dazu kamen Schwierigkeiten mit den Autonomisten in Eritrea und ein gespanntes Verhältnis zu Somalia, wo ein Militärregime an der Macht ist, das sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus beruft (was allerdings nicht unbedingt etwas bedeuten muß). Daß aber die Militärrevolte solange gebraucht hat, bis sie endlich die Absetzung des Kaisers wagte, hat Gründe. Dessen Autorität war noch nicht gebrochen – obwohl z.B. jeder weiß, daß er an die 200 Milliarden Schilling auf Schweizer Banken liegen hat, gleichzeitig aber andere Länder um Unterstützung zur Bekämpfung der Hungersnot bat. Und das Heer war und ist in sich gespalten und in verschiedenen Gruppen organisiert: Die hohen Offiziere vertreten andere Interessen als die untergeordneten, und die Unteroffizierskomitees verfolgen wieder eine andere Linie. Zudem fiel ihnen damit auch die Einigung mit den anderen oppositionellen Kräften, wie den Studenten und den – sehr zahmen – Gewerkschaften schwer.

Welchen Schwierigkeiten die Gewerkschaften gegenüberstehen, hat der mißlungene Generalstreik gezeigt. Die Arbeiter sind schlecht organisiert und einer kompakten Macht wie dem Heer gegenüber nicht vergleichbar. Gleichzeitig hat das Mißlingen des Generalstreiks gezeigt, wie die Machtverhältnisse liegen – nicht zu Gunsten der progressiven Kräfte.

Nun hat eine provisorische Militärverwaltung die Machtausübung inne! Der neue Kaiser, der gelähmte Sohn

des alten, soll nur mehr unbedeutende Repräsentationsaufgaben erhalten. Eine neue Verfassung wurde angekündigt, gleichzeitig aber betont, daß es dringlichere Aufgaben gäbe, als die sofortige Einrichtung formaldemokratischer Institutionen. Das mag liberale Europäer erschrecken, hat aber in einem Land wie Äthiopien seine Berechtigung. Landreform, Alphabetisierung, Industrialisierung stehen an erster Stelle.



# Internationale Nachrichten

Die derzeitige Problematik Äthiopiens ist die Problematik eines jeden Landes, in welchem progressistische Militärs die Macht übernehmen. Sie sind Vertreter des Kleinbürgertums in einem neokolonialen Land. Und als solche stehen sie vor der Wahl vor der von jeher das Kleinbürgertum grundsätzlich gestanden ist: Die revolutionäre Umwandlung nach der Beseitigung des Feudalismus (oder des Kolonialismus weiterzuführen, und damit über sich hinauszugehen, oder aber seine eigene Herrschaft aufzubauen. Amilear Cabral, der legendäre Führer der "Afrikanischen Partei der Unabhängigkeit von Guinea-Bissau" (FAIGC) formulierte es so: "Die einheimische Kleinbourgeoisie ist die einzige soziale Schicht, die fähig ist, ein reales Bewußtsein von der imperialistischen Herrschaft zu erlangen und den von dieser Herrschaft geerbten Staatsapparat zu leiten. Das Dilemma (für sie) ist: Die Revolution zu verraten oder als Klasse Selbstmord zu begehen." Daß die zweite Möglichkeit keine reine Illusion ist, hat Kuba gezeigt, zeigen afrikanische Beispiele.

Äthiopien allerdings steuert eher auf die erste Möglichkeit zu: dem Aufbau eines einheimischen Bürgertums im Rahmen des Imperialismus. Ob die fortschrittlichen und manchmal sogar sozialistischen Kräfte dem widerstehen werden, ist aber zweifelhaft.

## Kolumbien

### Die Bauern organisieren sich

Vom 31. August bis 4. September fand in Bogota der 3. nationale Bauernkongreß statt. Veranstalter war die ANUC (Nationale Bauernvereinigung). Eröffnet wurde der mit einer Massendemonstration, an der sich über 20.000 Bauern, Arbeiter und Studenten beteiligten. Die Hauptlosungen waren: "Nieder mit den Großgrundbesitzern!", "Der Boden denen, die ihn bearbeiten!", "Hoch lebe die

Volksallianz der Bauern, Arbeiter und Studenten!".

Seit Beginn dieses Jahres fordern immer wieder Zusammenstöße zwischen Bauern und der Polizei und der Armee Todesopfer. Bauernführer werden ermordet, einige Tausend Bauern sind im Gefängnis. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen (21. April) fanden massive Landbesetzungen statt. Und dabei findet seit 13 Jahren angeblich eine "Landreform" statt. Aber welche!

90% der kolumbianischen Landbevölkerung sind Analphabeten. Die Unterernährung ist chronisch: Der kolumbianische Landbewohner konsumiert im Durchschnitt (!) lediglich 72% des Minimums an Protein für den menschlichen Organismus.

60% der Betriebe besitzen nur 5% des Bodens. Die Großgrundbesitzer haben zwar die besten Böden, nützen aber diese nur zur Hälfte. Trotzdem wurden seit 1961, seit das Agrarinstitut besteht, nur 22.000 ha enteignet. Kredite erhalten bloß die Großgrundbesitzer. Die Steuerhinterziehung blüht wie eh und je. Das alles ist weiter nicht erstaunlich: Der Agrarminister Rafael Pardo Buelva hat riesige Ländereien in mehreren Departementen, war früher Präsident der Vereinigung der Baumwollpflanzer und gehört dem rechten Flügel der konservativen Partei des unter zweifelhaften Umständen gewählten Präsidenten Alfonso Lopez Mechelsen an.

Doch so ohne weiteres nehmen die Bauern diese Situation nicht mehr hin. Ihre Organisation, die ANUC, wurde inzwischen zur schlagkräftigsten Volksbewegung in Kolumbien. Erst 1968 vom damaligen Präsidenten Lleras Restrepo gegründet, wuchs sie schnell aus ihrem halbamtlichen Charakter heraus. Auf ihrem 2. Kongreß spaltete sie sich in 2 Gruppen: die "Linea Armenia", die den ursprünglich staatlichen Charakter vertritt, aber völlig unbedeutend ist; und die "Linea Sincelejo", die sich zur Sprecherin der armen Bauern machte. Diese letztere hat eine breite Basis. Allerdings bahnte sich auf dem jetzigen Kongreß in Bogota eine weitere Spaltung an. Die "indigenas", die bäuerlichen Ureinwohner Kolum-

biens hatten gehofft, in der ANUC ihre Sprecherin zu finden. Sie wurden in der Vergangenheit von der Regierung ständig stärker aus ihren Gebieten verdrängt. Nun mußten sie aber feststellen, daß auch die ANUC der Linea Sincelejo mit der Regierung zusammenzuarbeiten beginnt. Die Wahl der Junta nacional, der Führung, wurde manipuliert. Die Folge war eine Spaltung des Kongresses: auf der einen Seite das "Applauskomitee", auf der anderen die große Überzahl jener, die ihre Interessen hart vertreten sehen wollten. Die "indigenas" zogen schließlich überhaupt aus und hielten ihren eigenen parallelen Kongreß ab. Vermutlich wird sich eine dritte Richtung – die "Linea Bogota"? – bilden.

Die Bedeutung dieser Geschehnisse liegt in ihrer Zünderwirkung. Kolumbien ist zwar mit Chile nicht vergleichbar. Trotzdem soll man daran denken, daß in Chile die Mobilisierung durch die Landreform einen entscheidenden Anstoß erhielt, daß in Peru dasselbe Thema erst eine Guerilla und schließlich das jetzige populistische Militärregime hervorbrachte. Kolumbien wird binnen kurzem ein beachtetes Land werden.



## revolutionäres AFRIKA

Zeitschrift mit Berichten und Dokumenten über den Befreiungskampf der Völker in Azania (Südafrika), Namibia (Südwestafrika), Zimbabwe (Rhodesien) und den portugiesischen Kolonien.

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika (KSA) - Wien.

Preis: öS 5.- (DM 1.-, sfr 1.-) + Porto  
Abo (4 Hefte incl. Porto): 25.- (DM 5.-)

### Bestellungen

durch Überweisung (mit Angabe des Zahlungszwecks) auf das Konto Nummer 601-228-604 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.



## Mozambique Kein Vietnam

war eine Schlagzeile der Zeitung "Die Presse" im Oktober 1970. Das geschichtsphilosophische Betrachtungen liebende Großbürgerblatt meinte es natürlich anders herum, als es jetzt, kurz nach der Niederschlagung der Rebellion der weißen Siedler gegen das Abkommen von Lusaka, scheinen mag. Im Untertitel des Artikels hieß es damals nämlich: "Frelimo im wütend-romantischen Kampf gegen die portugiesische Herrschaft."

Zur selben Zeit, fast auf den Tag genau, lobte die "Neue Zürcher Zeitung", eines der großen Blätter der westlichen Welt, den "konstruktiven Kolonialismus" Portugals. Aus "armen Schwarzen sollten zufriedene Portugiesen werden". Wer sich 1970 bei amtlichen Stellen in Lourenco Marques nach der Größe des weißen Bevölkerungsanteils im Lande erkundigte, wurde belehrt, daß es mit der Ausnahme weniger Ausländer in der Übersee-provinz nur Portugiesen gäbe. Den schwarzen "Portugiesen" fiel es nicht schwer, diese neue kolonialistische Variante zu durchschauen, denn eine Besserung ihrer Lebensbedingungen brachten die wohltonenden Worte nicht.

Das Kernstück dieses "konstruktiven Kolonialismus": Cabora Bassa, der Bau des fünftgrößten Wasserkraftwerkes der Welt am Unterlauf des Sambesi.

Licht in die Hütten des schwarzen Afrika? Mitnichten. Vier Fünftel des elektrischen Stroms der im Endausbau auf eine Kapazität von 4000 Megawatt geplanten Anlage, sollten in einer 1450 km langen Leitung nach Transvaal-Johannesburg gebracht werden und dort die unumgänglich notwendige Erweiterung der Energiebasis dieser südafrikanischen Industriezone gewährleisten. Zu Vorzugspreisen versteht sich. Der Rest des Stroms war als Basis zur Ausbeutung neuer Vorkommen an Eisen, Uran und anderen Erzen in Mozambique selbst gedacht. Fette Profite für das internationale Kapital! Finanziert wird das Großprojekt von einem internationalen Ban-

kenkonsortium plus Geldern aus der Staatskasse Portugals, Rhodesiens und Südafrikas.

Die hinter dem 150 m hohen und 300 m breiten Damm gestauten Wasser des Sambesi sollten 1,5 bis 2 Millionen Hektar Land bewässern, mehr als 60% alles gegenwärtig kultivierten Bodens in Mozambique. Raum und Nahrung für die schrittweise Ansiedlung von 1 Million Weißer - Grundlage und Zement rassistischer Herrschaft.

Es war nicht blinde Maschinenstürmei, wenn die Frelimo damals erklärte: "Wenn wir den Staudamm nicht zerstören, wird er uns für immer zerstören, und das weiße rassistische Afrika wird die Partie endgültig gewinnen." Nun, inzwischen hat es auch "Die Presse" zur Kenntnis nehmen müssen, der "Romantizismus" der Frelimo war ein entscheidender Beitrag zum Kollaps des Faschismus im Mutterland.

"Von einem bankrotten Kolonialregime ist nichts Gutes zu erwarten", sag-

te der später einem faschistischen Mordanschlag zum Opfer gefallene Frelimo-Führer Eduardo Mondlane in Abwandlung des afrikanischen Sprichworts "Von einem Reptil ist nichts Gutes zu erwarten". Der Krokodile sind noch viele, können wir ruhig ergänzen. Die Übergangszeit bis zur völligen Unabhängigkeit im Sommer 1975 wird nicht leicht sein. Es ist nicht nur die Veränderung der politischen Landkarte in diesem Teil Afrikas, die die Regimes in Rhodesien und Südafrika tendenziell gefährdet.

Es sind unmittelbare ökonomische Interessen, die diese Länder verteidigen. Im Frühjahr 1975 sollten die ersten Generatoren mit einer Kapazität von 1200 Megawatt in Cabora Bassa in Betrieb gehen! Die revoltierenden Rassen in Mozambique sind die Speerspitze einer internationalen Mafia gewesen.

Großartig die politisch und moralisch überlegene Reaktion der Frelimo, die der Mehrheit der weißen Siedler die Zusammenarbeit am Aufbau eines unabhängigen Mozambique anbietet! Ein direktes Eingreifen Südafrikas, das auf einen Vorwand lauert, wird dadurch wesentlich erschwert.



Frelimo-Kämpfer in Moçambique

## Argentinien

### Linke im Untergrund

"Campora an die Regierung, Peron an die Macht !" war seinerzeit die Losung der Peronisten bei der ersten Wahl. Wenige Monate genügten, daß ein Offizier nach Camporas Rücktritt spöttisch formulieren konnte: "Peron an die Regierung, die Militärs an die Macht !" Nun, Peron ist tot. Und am 7. September kündeten die Monteneros, die bedeutendste peronistische Linksorganisation der Arbeiter, und 6 weitere peronistische Linksgruppen an, sie werden künftig aus dem Untergrund operieren und den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Arbeiter Peron gestützt, denn für sie bedeutete der Peronismus ihren Eintritt in das politische Leben des Landes. Aber der Peronismus basierte auf einem günstigen konjunkturellen Umstand: die damals hohen Getreidepreise und die während des Krieges angesammelten Devisenfonds schienen es zu erlauben, das Land zu industrialisieren und gleichzeitig die Lage der Arbeiter zu verbessern. Das Ende dieser günstigen Lage bedeutete das Ende des Peronismus 1955, als es sich zeigte, daß ohne eine Landreform Perons Konzept nicht durchgezogen werden konnte. Die Grundbesitzeroligarchie, bisher unangetastet, fühlte sich bedroht. Peron mußte gehen. Für die Arbeiter aber war dies eine doppelte Erfahrung: Sie konnten die nationale Unabhängigkeit nicht allein, aber nur gegen die Grundoligarchie erringen: und diese nationale Unabhängigkeit ist lediglich eine unvollendete Revolution, jederzeit widerrufbar. Sie identifizierten sie mit Peron, aber Peron war selbst der exakte Spiegel dieser unvollendeten Revolution und ihres Umschlages in Reaktion. Als er am 20. Juni 1973 aus Spanien zurückkehrte, war sein Empfang von einer Schießerei begleitet, welche Dutzenden seiner

linken Anhänger das Leben kostete.

Die Monteneros hatten nach dem Bankrott des Militärregimes die legale Arbeit begonnen, aber ihren Untergrundapparat beibehalten. Im Gegensatz zur trotzkistischen ERP (bzw. PRT) waren sie darauf bedacht, alle Möglichkeiten der Legalität zu nützen. Dadurch war es ihnen möglich, manche Illusionen über den Charakter des peronistischen Regimes zu beheben und so bewußtseinsbildend zu wirken. Ihr jetziger Beschluß bedeutet faktisch den Bruch mit dem Peronismus. Dieser, die justizialistische Partei, wird heute vom Wohlfahrtsminister Lopez Rega verkörpert, einem Mann der reaktionärsten Kräfte und des Auslandskapitals. Die Präsidentin Isabela Peron ist nur eine Strohfigur.

Seither häuften sich die Morde an linken Gewerkschaftsführern. Der Gouverneur von Cordoba – diese Stadt ist eine Hochburg der Linken – wurde kurzerhand abgesetzt, ein rechter Peronist kam an seine Stelle, und kürzlich sogar ein pensionierter General.

Flammt der Bürgerkrieg wieder auf ? Ganz hat er nie aufgehört. Nun aber hat der bewaffnete Kampf wieder eine effiziente Führung. Wie schon unter der Militärdiktatur, werden die Monteneros auch in Hinkunft mit der ERP zusammenarbeiten. Ein langfristiger Einigungsprozeß steht im Bereich des Möglichen. Werden Lopez Rega und seine Leute den Kampf aufnehmen – oder hat das Militär wieder das Wort ?

## Jugoslawien

### „Hilfe-Rufer“ am Rufen gestört

Vorab: Wir vertreten entschieden das Recht jeder Organisation der Arbeiterbewegung, auch im Sozialismus organisiert als Partei ihren Standpunkt zu vertreten. Dies gilt selbstverständlich auch für die stalinistischen Fraktionen. Davon wohl zu unterscheiden ist aber der Versuch der sowjetischen Parteiführung, ihren Führungsanspruch notfalls unter Zuhilfenahme der Armeen des Warschauer Paktes durchzusetzen wie etwa im Herbst 1968 in der Tschechoslowakei. Um die hegemonialen Bestrebungen der Sowjetunion besser verstecken zu können, empfiehlt es sich, einen brüderlichen

## Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME .....

ADRESSE .....

PREIS: INLAND S 50, --  
AUSLAND S 50, -- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.

Hilferuf gegen die drohende Restauration des Kapitalismus von dazu bestimmten Bürokraten im jeweiligen Land anzufordern. So wird der bürokratisch degenerierte Sozialismus zum Importartikel, über die Bruderarmeen beziehbar. Innerhalb der im Namen der friedlichen Koexistenz bestimmten Grenzen, versteht sich, innerhalb des eigenen Machtbereiches. Hilferufe außerhalb dieses Machtbereiches führen allenfalls zu Protestresolutionen.

In diesem Rahmen steht denn auch die Zerschlagung der "KP Jugoslawiens", die von einigen moskauhörigen Ex-Geheimdienstlern aus der Rankovic-Zeit und Gesinnungsgenossen gegründet wurde. Diese Leute, die lange Zeit unter dem Schutz der Ostdiplomatie ihr trübes Süppchen kochten, haben wenig zu tun mit der – unter der herrschenden Repression – leidenden desorganisierten studentischen Linken. Letztere braucht unsere politische Unterstützung. In diesem Herbst werden Prozesse gegen 6 Studenten erwartet, die wegen antisozialistischer Propaganda vor Gericht gestellt werden. Trotz aller schöner Reden am letzten Parteitag (siehe "offensiv links" 6). Gegen die Urteile im Prozeß gegen die "KPJ" aber mögen wir nicht auftreten – zu deutlich haben wir noch das tschechische Beispiel vor Augen.

## Portugal

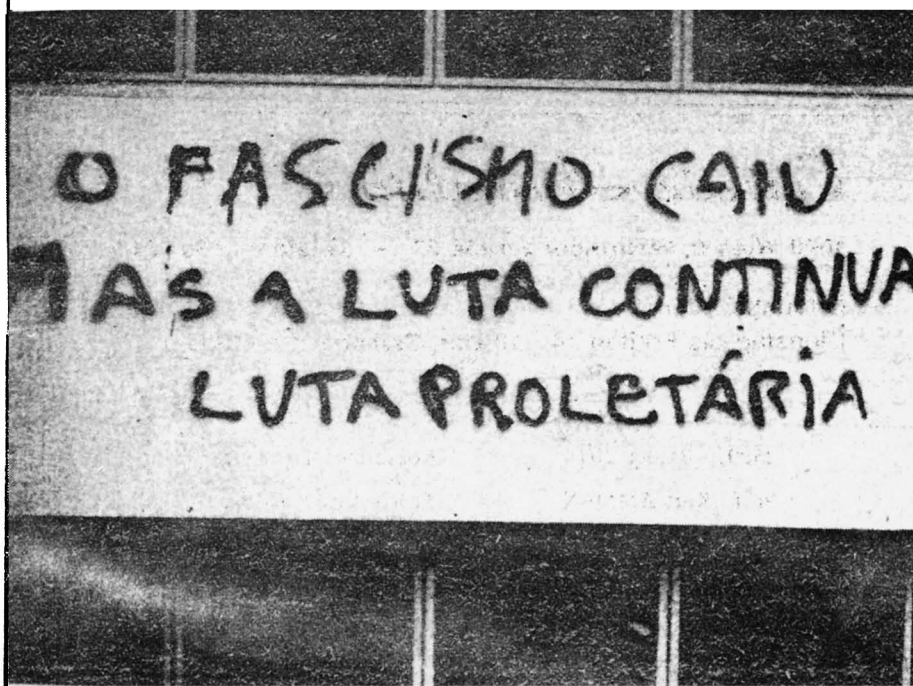
Der 30. September in Portugal ist ein Datum des Sieges der linken Kräfte im Land. Mit Spinolas grollendem Rücktritt konnte jener Mann vom höchsten Amt im Staat entbunden werden, der sich immer mehr als (bestenfalls) gaullistischer Bourgeoisie, (schlimmstenfalls) bonapartistischer Retter der portugiesischen Bourgeoisie und der ausländischen Monopole entpuppte. Seine "Abschiedsrede" strotzte vor Angriffen auf die Linke und vor Beschuldigungen ähnlicher Natur, wie sie seitens der Armeekeise auch vor dem 11. September 1973 in Chile immer wieder ausgestoßen wurden. Ein da wie dort wiederkehrendes Wort wurde auch von Spinola nach Gebühr strapaziert: die "Anarchie" herrsche im Land.

Wie so viele Begriffe, hat auch das Wort "Anarchie" verschiedene Deutungen und Auslegungen. Für die Erzbürger ist es der schlimmste Ausdruck des Mangels an Ordnung und Sitte, Anstand und – Wohlstand (sprich Besitz). Für die anderen bedeutet es die Abwesenheit jeglicher Herrschaft (von oben). Bei Bakunins Bart also: in Portugal herrscht keine Anarchie, weder in diesem noch in jenem Sinn. Es sind eher Anzeichen

von Doppelherrschaft festzustellen, die sich seit der Niederlage der Reaktion von 29. September 1974 (Verbot der "Pro-Spinola"-Demonstration der "schweigenden Mehrheit" im Land) zugunsten der linken Kräfte, vor allem der "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) verschoben hat. Rückblickend versteht man nun den Zick-Zack-Kurs der Provisorischen Regierung in der Frage der Unabhängigkeit der Kolonien. Jedoch wäre es noch immer verfrüht, von einem bereits beschrittenen portugiesischen Weg zum Sozialismus zu sprechen.

Denn selbst im Falle der Entfaltung des Bürgerkriegs durch die Reaktion und eines möglichen Sieges der Linken wäre eine Diktatur des Proletariats selbst auf breitester Bündnisbasis ökonomisch zur Diktatur der Not verurteilt, aus der schon so manche Untugend des Aufbaus des Sozialismus gemacht wurde. Die andauernde Kapitalflucht, die verstärkte in- und ausländische Subversion läßt es aber gleichfalls fragwürdig erscheinen, ob die Dauer und die Bedingungen einer Doppelherrschaft von der Linken soweit kontrolliert werden können, daß weder ein Prozeß der langsamen Aufzehrung des revolutionären Potentials, der Massenbegeisterung und Massenmilitanz noch ein stilles Ausbluten des Landes eintritt.

Die portugiesische Entwicklung mag manchen von uns angesichts der Wiederkehr des 1. Jahrestages des chilenischen Militärputsches und des darauffolgenden permanenten Massakers zur Vorsicht gemahnen. Eine grundlegende Tatsache darf aber nicht außer Acht gelassen werden: die roten Nelken, die ein Symbol des portugiesischen Umbruchs waren, staken von Anfang an in Gewehrläufen. Und diese sind, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, unter dem Kommando von Offizieren und Soldaten, die aus ihrer Verbundenheit und Solidarität mit der portugiesischen Arbeiterschaft und den armen Bauern keinen Hehl machen. Insofern darf nüchterne Betrachtung der Dinge in Portugal nicht nur einer leisen Hoffnung, sondern bald schon revolutionärem Optimismus und Enthusiasmus Platz machen – wenn schon drüben, dann auch hüten.



1020 Wien, Odeongasse 1  
 (Ecke Große Mohreng.)  
 jeden Freitag und Samstag  
 ab 19 Uhr geöffnet

10. OKTOBER 1974

DISKUSSION ÜBER DIE ERGEBNISSE  
 DER AK-WAHL

17. OKTOBER 1974

PETER TURRINI LIEST AUS EIGENEN  
 WERKEN

Weitere Auskünfte über das Programm  
 erteilt: FÖJ-Sekretariat, 1040 Wien,  
 Belvederegasse 10; Tel.: 65 19 52



#### AN INTERESSIERTE LEHRER ALLER SCHULARTEN

Die Lehrergruppe hat sich  
 wieder gebildet und folgende  
 programmvorschlage erarbeitet:

1 Rolle der Schule in der Gesell-  
 schaft:

Funktion der Schule  
 Das neue Schulunterrichtsgesetz  
 Schulversuche in Österreich  
 im speziellen: Gesamtschule  
 Ganztagschule  
 Vorschulerziehung

2 Rolle des Lehrers:

Verhältnis Lehrer-Schüler  
 Verhältnis Lehrer-Eltern  
 Verhältnis Lehrer-Kollegen  
 Verhältnis Lehrer-Schulbehörde  
 Lehrerausbildung  
 Lehrerfortbildung

3 Konkretisierung der Ziele der  
 Lehrergruppe (die schon anhand  
 der Punkte 1 und 2 erarbeitet  
 wurden):

Fernziele  
 Nahziele (konkrete Forderungen)  
 Geeignete Aktionsformen

Ort: Klub links, Odeongasse 1  
 (Ecke Große Mohrengasse)

Zeit: Mittwoch 19 Uhr

1. Termin: 16. Oktober 1974  
 Besprechung des Programms  
 eventuell Punkt 1

#### ACHTUNG SCHULUNG

Der Schwerpunkt dieser Schulung  
 liegt nicht bei Referaten sehr kom-  
 petenter Leute, sondern bei der Dis-  
 kussion von Texten, die zum gros-  
 sen Teil von den Teilnehmern selbst  
 erarbeitet werden. Die Schulung  
 findet jeden Dienstag um 20 Uhr in  
 der Wohnung von Liesl Hindler, 2.  
 Bezirk, Kafkastrae 10/36 statt.

Vorläufiges Programm:

8. Oktober: Faschismus in Österreich  
 15. Oktober: Imperialismus (Lenin)  
 22. Oktober: Imperialismus (neuere  
 Entwicklung)  
 29. Oktober: Imperialismus und dritte

Welt am Beispiel Sudamerikas:  
 Chile, Argentinien, Uruguay  
 5. November: Fortsetzung  
 12. November: Der Nahostkonflikt  
 WEITERE SCHULUNGEN:

"EINFÜHRUNG IN DEN DIALEKTI-  
 SCHEN MATERIALISMUS"  
 Jeden Dienstag um 19 Uhr,  
 1040 Wien, Belvederegasse 10

"GRUNDSATZE DER FÖJ-BfS"  
 In dieser Schulung soll jedem Teil-  
 nehmer die Möglichkeit gegeben  
 werden, selbst Referate vorzuberei-  
 ten und zu halten.

Jeden Dienstag um 19 Uhr,  
 1040 Wien, Belvederegasse 10

## Galerie Austerlitz

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 — Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14 — 19 Uhr, Samstag 10 — 13 Uhr

Programm:

25. 9. — 31. 10. 1974

Prof. Kurt AMMAN  
 Aquarelle, Grafiken

November/Dezember:

Erotik in der Kunst  
 Kollektivausstellung

"IMPULSE" Zeitschrift für Literatur und Kunst  
 in der Galerie erhältlich.